„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bull, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 30c.

Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Sind wir gleichberechtigt?

Es ist eine der wenigen Errungenschaften des verflossenen Weltkrieges, daß das Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechtes und der kulturellen Gleichberechtigung der Minderheiten mit der Mehrheit wenigstens theoretisch anerkannt wurde, wenn auch die praktische und tatsächliche Verwirklichung dieses Grundsatzes noch außerordentlich weit von der Theorie entfernt ist. Wozu in die Ferne schweifen, um diese Tatsache festzustellen? Können wir Deutschcanadier uns nicht auf Schritt und Tritt davon überzeugen, daß wir wohl auf dem Papier gleiche Rechte und gleiche Pflichten mit allen anderen Canadiern haben; daß wir aber im öffentlichen Leben dieses Landes nur als fünftes Rad am Wagen behandelt werden? Das gehässige Wort „Foreigners" allein spricht Bände. Daß man es heute es noch nicht der Mühe wert befunden hat, das im Jahre 1917 durch den Raub der deutschen Muttersprache begangene Unrecht wieder gutzumachen, ist ein weiterer Fingerzeig für die uns unablässig gesinnte Strömung im Lande. Die englische Presse bringt noch mit Vorliebe solche Nachrichten und Meldungen, welche geeignet sind, uns lächerlich zu machen oder uns als rückständig hinzustellen. Die von den politischen Gegnern des Herrn Anton Kuhl, Abgeordneten für Süd-Qu'Appelle, unternommenen Anstrengungen, ihn aus seiner parlamentarischen Stellung zu verdrängen, müssen als durchsichtigste Beweise für die Fortdauer der im Kriege gezüchteten Stimmung gelten.

Nicht minder lehrreich ist es, einmal aufmerksam zu beobachten, **wie in diesen oder jenen Vereinigungen, in diesen oder jenen „Boards", Direktorien und Komitees die Deutschen systematisch von allen einflußreichen Stellungen ferngehalten werden. Das gilt auch besonders für alle Farmerorganisationen, denen Tausende und Abertausende von deutschsprechenden Mitgliedern angehören, ohne daß sie eine ihrer Zahl angemessene Vertretung in den Präsidien erhalten.** Wir wollen zugeben, daß dabei mitunter die Schuld auch an unseren eigenen Freunden liegt. Wie in anderen Lagern so gibt es auch bei uns kleinliche, selbstsüchtige Geister, die bei öffentlichen Angelegenheiten ihre persönlichen Abneigungen und Eigbildungen nicht zu Hause lassen können. „Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte", sagt ein altes deutsches Sprichwort. Der lachende Dritte ist in diesem Falle der Engländer, dem nichts lieber ist, als wenn wir uns gegenseitig in den Haaren liegen und ihm das Feld für das Schalten und Walten in Posten und Aemtchen vollständig freigeben. Es soll sogar schon vorgekommen sein, daß deutschsprechende Männer andere wieder aus ihrer Stellung zu verdrängen suchten, nur weil die Betreffenden nicht nach dem persönlichen Geschmacke ihrer Gegner waren. Es soll sogar schon vorgekommen sein, daß deutschsprechende Männer sich öffentlich darum bemühten, daß an die Stelle der bei ihnen unbeliebten Deutschen Engländer gesetzt werden. Es klingt zwar unglaublich, aber die menschliche Natur ist zu gar manchen Handlungen fähig, die sich vor dem Tribunal der Gerechtigkeit nicht verantworten lassen.

Wenn wir die Gleichberechtigung, die uns bisher vorenthalten wurde, erringen wollen, müssen wir den Kampf gegen zwei Fronten aufnehmen. Zunächst müssen wir einmal mit der Engherzigkeit und persönlichen Gehässigkeit in unseren eigenen Reihen aufräumen. Das Gebot der christlichen Bruderliebe gilt vor allem für jene, welche durch die Bande desselben Blutes und der nämlichen Sprache miteinander enger verknüpft sind. Haben wir fähige Männer, die charakterfest und ehrenwert sind, so muß die gemeinsame Kraft dafür eingesetzt werden, daß sie Gelegenheit erhalten, in einer für sie geeigneten Stelle dem allgemeinen Wohle und dem Ansehen des Deutschtums zu dienen. Sind wir einig, so wird der Kampf gegen die andere Front, gegen die Front eines künstlich gezüchteten Vorurteils und Rassenhasses, verhältnismäßig leicht zu bestehen sein. Denn wir können einen Machtfaktor in diesem Lande darstellen, wenn wir es nur verstehen, alle sich darbietenden Gelegenheiten auszunützen.

Deutsche Vorschläge für allgemeine Abrüstung

In einem Leitartikel, der den Titel trägt „Gedanken über die Abrüstungskonferenz" schreibt die Berliner Börsenzeitung, „daß zu keiner Periode während der letzten Jahrhunderte eine solche Menge Zündstoff angesammelt war als heute."

Bei einem Ueberblick über die Weltlage wiederholt die Zeitung die schon bei einem früheren Anlaß erhobene Beschuldigung, daß Amerikas Ziel die „kapitalistische Versklavung" der anderen Nationen sei.

Bezüglich der demnächst beginnenden Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz wird erklärt, daß über die Annahme der ergangenen Einladung durch Deutschland kaum in irgendeinem Parteilager eine Meinungsverschiedenheit bestehe, doch verlangt das Blatt, „daß die deutschen Delegaten zur Abrüstungskonferenz Männer von starkem unnachgiebigem Charakter, von heiligem Feuer beseelt" sein sollen.

Es wird bemerkt, daß die deutschen Vertreter in diesem internationalen Ausschuß ausnahmsweise eine glänzende Stellung haben werden, da sie feststellen können, daß die bereits im Vertrag von Versailles beschlossene und bei den Verhandlungen in Locarno erneut zugesicherte allgemeine Abrüstung in Deutschland durchgeführt ist, während alle übrigen Staaten nicht nur die bescheidensten Ansätze zu einer Abrüstung vermissen lassen, sondern zum Teil sogar unter Aufwendung gewaltiger Mittel ihre Kriegsrüstung noch erheblich verstärkt haben.

Nach allgemeiner Ansicht dürfte schon die Stärke des Friedensheeres im Jahre 1925 in einer Reihe europäischer Staaten und das Verhältnis der Armeen zu der Bevölkerungszahl in dem Vorbereitungsausschuß zu interessanten Erörterungen führen.

Die Stärke der Friedensheere nach den letzten amtlichen Angaben, ohne Einschluß eingeborener Truppen der Kolonien beträgt:

In Deutschland 100,000 (Bevölkerung rund 60 Millionen); in Frankreich 570,000 (Bevölkerung rund 42 Millionen); in Belgien 74,000 (Bevölkerung rund 14½ Millionen); in der Tschecho-Slowakei 200,000 (Bevölkerung rund 13½ Millionen); in Polen 300,000 (Bevölkerung rund 27 Millionen); in Jugoslawien 160,000 (Bevölkerung rund 12 Millionen); in Rumänien 200,000 (Bevölkerung rund 17½ Millionen).

Es ist wohl richtig, daß die Rüstungen eines Landes nicht nur aus der Anzahl von Truppen bestehen, die jedes Land bei der Fahne hat, aber wenn sich aus der obigen Uebersicht ergibt, daß Deutschland auf je eine Million Einwohner 1660 Mann, Frankreich dagegen 13,000 Mann und die Tschecho-Slowakei sogar fast 15,000 Mann aufgestellt hat, so ist das doch ein Mißverhältnis, das als völlig unhaltbar bezeichnet werden muß.

Für eine allgemeine Abrüstung hat General Grat Max Montgelas folgende Grundgedanken aufgestellt:

1. Der Völkerbund muß das Wehrsystem für alle in ihm vertretenen europäischen Kontinentalstaaten festsetzen — also nicht nur für die sogenannten „besiegten Staaten" allein. Er muß es für alle Staaten gleichmäßig tun und die allgemeine Wehrpflicht entweder allgemein verbieten oder allgemein gestatten. Als günstigstes Wehrsystem für den Kontinent sei das Milizsystem mit kurzer Dienstzeit nach schweizerischem Muster zu empfehlen.

2. Alle nationalen Minderheiten müßten grundsätzlich vom Militärdienst befreit sein, denn es sei eine moralische Ungeheuerlichkeit, Männer unter Umständen zum Waffendienst gegen ihr eigenes Volk zwingen zu wollen.

3. Alle Fremdenlegionen müßten unterschiedslos verboten werden.

4. Die Verwendung farbiger Truppen auf europäischem Boden soll verboten sein.

5. Die Bewaffnung der zahlenmäßig für die einzelnen Staaten festgelegten Heere muß gleichwertig sein. Etwaige Verbote von Giftgasen oder Luftbombardements müssen allgemeine Gültigkeit haben.

6. Entmilitarisierte Zonen dürfen niemals ein einseitiges Opfer für einen der beteiligten Staaten bilden.

7. Die Kontrolle des Völkerbundes über die europäischen Rüstungen muß gleichmäßig und sachlich sein. Sie wird für die nächsten zehn Jahre zweckmäßig Vertretern der im Weltkriege neutralen Länder anvertraut.

Verschärfung der russischen Wirtschaftsnot

Das amtliche russische Wirtschaftsblatt „Ekonomitscheskaja Schisnj" (Wirtschaftsleben) bringt eine Uebersicht über die Lage am Ende des ersten Quartals des Wirtschaftsjahres vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1925, die die bereits in letzter Zeit gemachten Meldungen über die russische Wirtschaftskrise ergänzt und vertieft.

Der neue Bericht stellt nicht nur keine Zunahme der Getreideablieferungen, sondern ihre weitere Abnahme fest. Während in der letzten November-dekade noch 312,370 Tonnen Getreide und Oelsaaten abgeliefert wurden, betrug die Gesamtabgabe in der ersten Dezemberdekade nur 281,675 Tonnen. Am stärksten zurückgegangen ist die Ablieferung des wichtigsten Ausfuhrgetreides, des Weizens, der statt der erwarteten 252,800 Tonnen nur 25,000 Tonnen gebracht hat. Ebenso sind Roggen, Gerste und Oelsaaten zurückgegangen.

Die russischen Getreidepreise liegen um 25 Prozent über dem Weltmarktpreise, infolgedessen natürlich auch alle übrigen Preise, besonders für Baumaterial, vor allem Holz, dessen Ausfuhr zu bedeutend niedrigeren Preisen, als im Lande zu erzielen waren, erfolgen muß. Im Dezember trat eine neue Preissteigerung von 1 bis 2 Prozent auf.

Der Fehlbetrag in der Ablieferung bietet wieder ein sehr bezeichnendes Bild dafür, daß gerade in den früher leistungsfähigsten Ackerbaugebieten Rußlands der größte wirtschaftliche Niedergang herrscht. Die einzigen Gebiete, die im Dezember keine Abnahme der Ablieferung aufweisen, sind der zentrale landwirtschaftliche Rayon, mit dem Gouvernement Moskau als Mittelpunkt, und das Uralgebiet. Viel schlimmer sieht es in den Gebieten aus, die eigentlich berufen sind, die Getreideausfuhr zu liefern: Ukraine, Nordkaukasien und Sibirien. Die beiden ersten sind mit 32 Prozent hinter dem Ablieferungsplan zurückgeblieben, Sibirien mit 5 Prozent.

Das Einkaufsprogramm für das erste Vierteljahr des jetzigen russischen Wirtschaftsjahres war trotz der Erkenntnis der nahen wirtschaftlichen Schwierigkeiten unverändert geblieben. Für den Rest des Wirtschaftsjahres sind starke Einschränkungen der Einfuhr angeordnet worden, falls sich nicht wider Erwarten die Getreideablieferung steigern sollte.

Zunächst sind die Gegenstände des Massenverbrauches und Rohstoffe, wie Baumwolle, von der Einfuhr gestrichen worden. Die Einfuhr von Maschinen soll aber aufrecht erhalten werden. In erster Linie ist die Industrialisierung der Landwirtschaft ins Auge gefaßt. Dementsprechend soll es bei der Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen für 50 Millionen Rubel innerhalb eines landwirtschaftlichen Gesamtimports von 100 Millionen Rubel bleiben. Vor allem soll die Einfuhr von Traktoren, Düngemitteln, Mitteln zur Schädlingsbekämpfung, Ausrüstungen für Schinkenfabriken, Flachsfabriken, Meiereien u. dgl. gefördert werden.

Daß aber auch dieser beschränkte Einfuhrplan finanziell auf schwachen Füßen steht, geht daraus hervor, daß vorgeschlagen wird, die Zentrale Landwirtschaftsbank der Sowjetunion zur Finanzierung heranzuziehen. Diese Bank ist tatsächlich nur eine Abzweigung der Staatsbank. Die ausländischen Beziehungen der Staatsbank sollen letzten Endes das Auskunftsmittel sein, wenn die Krise der Getreidewirtschaft zu einer Dauerkrise der gesamten Staatswirtschaft wird. Die Räteregierung hofft durch diese Beziehungen langfristige Kredite zu erhalten, um mit deren Hilfe die Einfuhr wenigstens für die Landwirtschaft sicherzustellen.

Weltumschau

Deutschland.

Nur dem persönlichen Eingreifen des Reichspräsidenten von Hindenburg, der ein halbes Dutzend Reichstagsführer in eindringlicher Weise an ihre patriotische Pflicht erinnerte, war es möglich, die parlamentarische Krisis, die vor sechs Wochen begann, zum Abschluß zu bringen. Ueber das Parteigezank die Geduld verlierend, ließ der Reichspräsident die Führer der Mittelparteien zu sich kommen und sagte ihnen ohne viel Umschweife, daß die Interessen des Vaterlandes die Wiederherstellung eines gebührend autorisierten Ministeriums dringend erforderlich machen, da sonst die Nation in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ernstlich bedroht sein würde. Hierauf fand im Reichskanzleramt ein Konferenz der Parteiführer statt, in der Reichskanzler Dr. Luther eine Liste der von ihm für das Kabinett ausgewählten Persönlichkeiten mit dem Ersuchen vorlegte, die Nominationen bis 10 Uhr abends zu ratifizieren. Bevor noch diese Frist verstrichen war, gaben die Parteiführer ihre Zustimmung. Für die Aemter des Ackerbauministers und des Ministers für die besetzten Zonen hat Dr. Luther noch keine geeigneten Persönlichkeiten gefunden. Die übrigen Mitglieder des neuen Kabinetts sind:

Außenminister: Dr. Gustav Stresemann (Volkspartei).

Minister des Innern: Wilhelm Kuelz (Demokrat).

Finanzminister: Dr. Peter Reinhold (Demokrat).

Wirtschaftsminister: Julius Curtius (Volkspartei).

Arbeitsminister: Dr. Heinrich Braun (Zentrum).

Justizminister: Dr. Wilhelm Marx (Zentrum).

Verteidigungsminister: Dr. Otto Geßler (parteilos).

Post- u. Telegraphenminister: Dr. Karl Stingl (bayerische Volkspartei).

Verkehrsminister: Dr. H. Krohne (Volkspartei).

Das neue Kabinett hat im Reichstag keine Mehrheit.

Deutschland wird wahrscheinlich auf der bevorstehenden internationalen Wirtschafts-Konferenz durch vier Delegaten vertreten sein, von denen zwei der deutschen Industrie und die anderen beiden dem Gewerkschaftsverband angehören dürften. Besondere Einladungen werden vom Ligarat für die Teilnahme von Sachverständigen als Vertreter der Reichsregierung erwartet. Die deutsche Delegation beabsichtigt, der Konferenz eine ganze Reihe von Vorschlägen zu unterbreiten, darunter Pläne zur Standartisierung der Preise und Qualitäten von Rohmaterialien. Die Gesellschaft für Währungs- und Finanzreformen wird den Entwurf eines Planes vorlegen, der die Errichtung einer internationalen Kredit-Organisation oder einer „Bank von Europa" vorsieht. Der Vater dieses Planes, ein Dr. Hans Heymann, ist der Ansicht, daß die Bonds einer solchen Bank, ausgegeben in der Währung der jeweiligen Länder, ein gutes Absatzgebiet finden würden. Nur Ländern, deren Währung auf absolut stabiler Grundlage ruht, würde gestattet werden, sich an der Errichtung einer solchen internationalen Bank zu beteiligen. Dr. Heymann ist der Ansicht, daß die Schwierigkeiten der Erlangung ausländischer Kredite für Europa in der Vergangenheit hauptsächlich darauf zurückzuführen waren, daß kein festes Programm über die Verteilung dieser Kredite eingehalten wurde. Er erachtet produktive Kredite als Schutzmaßnahme für die Produktion aller Zweige des Wirtschaftslebens für wirksamer als exzessive Zollsätze.

Der Zusammenschluß der sieben führenden Kohlen- und Stahl-Konzerne des Rheinlands und Westfalens wird in deutschen Finanzkreisen, wie auch in der Presse dahin ausgelegt, daß sich nunmehr dem Kartell des Ostens in Schlesien, das schon seit einiger Zeit besteht, ein Kartell des Westens in der Schwerindustrie zugesellt hat. Der neue westliche Stahltrust dürfte dazu angetan sein, der deutschen Industrie einen neuen Weg der Orientierung zu weisen, die es ihr ermöglichen sollte, als Konkurrent in die Weltmärkte einzutreten. Diese Orientierung wird nach der Ansicht bekannter Finanzschriftsteller in erster Linie darin bestehen, die Finanzmethoden und Fabrikations-Prozesse auf eine wirksame, verläßliche Grundlage zu stellen. Alle Unternehmungen, die sich nicht rentieren, sollen ausgemerzt werden. Eine Anzahl kleinerer Fabriken und Kohlenzechen werden geschlossen werden, nicht auf einmal, sondern nach und nach, da auch den involvierten ernsten sozialen Fragen Rechnung getragen werden muß. Der Finanzsachverständige des „Lokal-Anzeigers" erklärt, die Kapitalisierung des neuen Trusts, die zur Zeit nur 50,000,000 Mark beträgt, werde auf 800,000,000 Mark erhöht werden, und zwar würden sich die Anteilscheine von 700,000,000 Mark in deutschen, die übrigen 100,000,000 Mark in amerikanischen Händen befinden. Wie berichtet wird, haben sich Dillon, Read & Co. von New York dazu verstanden, eine Anleihe von 875,000,000 für das neue Kartell aufzulegen, aus deren Erlös indes die den Tochtergesellschaften des Trusts bereits bewilligten Darlehen zurückzuzahlen waren.

Oesterreich.

Die rasch zunehmende Arbeitslosigkeit in Oesterreich im letzten Halbjahr hat zur Folge gehabt, daß die Auswanderung aus Oesterreich im Jahre 1925 auf das Vierfache der Auswanderung des Jahres 1924 gestiegen ist. Nach dem vorläufigen Jahresbericht zeigt sich, daß sich sowohl nach den überseeischen als auch nach den kontinentalen Ländern außerhalb Oesterreichs österreichische Arbeiter aller Branchen gewendet und daß besonders qualifizierte Arbeiter in verhältnismäßig großerem Maße im Auslande ein Unterkommen gefunden haben. Die Aktion der brasilianischen Regierung, europäischen Industriearbeitern Freiplätze zur Ueberfahrt nach Brasilien zu gewähren, wurde von den österreichischen Arbeitern in vollem Umfang ausgenützt und bis zum 28. Dezember wanderten mehr als 1000 Industriearbeiter nach Brasilien aus. Im laufenden Jahre rechnet man mit einer starken Auswanderung nach Frankreich und Rußland, und in den ersten Wochen wurde mit der Türkei ein Vertrag abgeschlossen, der eine umfangreiche Auswanderung österreichischer Handwerker in die türkischen Gebiete ermöglicht. Die Auswanderungsbewegung hat in Oesterreich festen Fuß gefaßt und nimmt von Monat zu Monat zu. Um die hier bleibenden Arbeiter gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen, wurde gesetzlich bestimmt, daß vom 1. Januar d. J. ab alle aus dem Ausland zugereisten Arbeiter die Bewilligung des Bundeskanzleramtes zu dauerndem Aufenthalt besitzen müssen. Arbeiter, Angestellte, Hausgehilfen und Lehrlinge, die nicht österreichische Bürger sind, können jedoch in Oesterreich verbleiben, wenn sie sich hier seit mindestens 1. Jan. 1923 aufhalten und in Arbeit stehen. Erst wenn sie ihre Stelle aufgeben, müssen sie ebenso wie neu zugereiste Arbeiter um die Aufenthaltsbewilligung einkommen. Dieses Gesetz ist ein Notgesetz und soll nur für die Zeit außerordentlicher Verhältnisse auf dem österreichischen Arbeitsmarkt gelten.

Das Kabinett Ramek, das zurückgetreten war, ist bereits reorganisiert worden. Dr. Ramek bleibt Bundeskanzler. Er übernimmt auch, nachdem der bisherige Außenminister Dr. Mataja aus Gesundheitsrücksichten auf seinem Rücktritt bestanden hat, das Auswärtige. Der neue Finanzminister, Josef Stoltmann, der an die Stelle Dr. Ahrers tritt, ist ein praktischer Geschäftsmann, der von der Pike auf gedient hat; er hat seine geschäftliche Laufbahn als Verkäufer in einem Herrenartikelgeschäft begonnen und besitzt zur Zeit ein großes Hotel in Baden bei Wien. Der neue Ackerbauminister Thaler ist ein praktischer Landwirt aus Tirol. Die Reorganisierung ist auf Vorschlag der verschiedenen Parteiführer im Allgemeinen Ausschuß des Nationalrates, der zweiten Kammer der Bundesversammlung, vorgenommen worden. Dementsprechend ist die Zahl im Plenum des Kabinetts mit einer Mehrheit von 27 Stimmen erfolgt. Nach der österreichischen Verfassung wird die Regierung vom Nationalrat gewählt. Wie verlautet, wird das Programm der neuen Regierung, nachdem die Finanzen in Ordnung gebracht worden sind, eine Konzentrierung der Zentralgewalt den einzelnen Ländern gegenüber einschließen.

Ungarn

Der ungarische Premier Graf Bethlen hat in die Ernennung eines parlamentarischen Komitees von 25 Abgeordneten eingewilligt, das eine gründliche Untersuchung des Falschmünzerskandals vornehmen soll.

Bei der Ernennung des Parlaments erklärte Premier Bethlen, die französische Untersuchung des Falschmünzerskandals habe die nach internationalem Brauch geltende Grenze weit überschritten. Tatsächlich sei diese Untersuchung weiter gegangen, als das, was Oesterreich verlangt hatte im Jahre 1914 in Serbien zu tun, um die Urheber des Serajewo-Attentats zu sühnen. Trotzdem sei die Regierung bereit, irgendwelche bestehende politische Phasen der Fälschungskomplotts bloszulegen. Mit aller Entschiedenheit verwahrte sich der Premier jedoch gegen irgendwelche Insinuation gegen den Regenten Admiral Horthy und andere hohere Beamte.

Infolg geräuschvoller Unterredungen und unaufhörlicher lauter Zwischenrufe, der Premier sollabdanken, mußte die Sitzung zeitweilig aufgehoben werden. Bei Wiedereröffnung wurde die Debatte sofort zu einer stürmischen. Sonderte, die wegen Ueberfüllung des Saales nicht mehr zugelassen werden konnten, machten einen Ansturm auf die Türen.

Ganz Budapest soll von Truppen besetzt sein, während sich der Verband der ausgedienten Ungarn in Bereitschaft hält.

Rumanien

Die Bukarester Zeitungen haben gegen die strenge Preßzensur und andere Beschränkungen der verfassungsmäßigen Preßfreiheit Verwahrung eingelegt, ebenso gegen das Verbot des Verkaufes auswärtiger Zeitungen. In der Protestsitzung wird erklärt, das Vorgehen der Regierung sei dazu angetan, die öffentliche Meinung im eigenen Lande wie im Auslande ungünstig zu beeinflussen, und es wird eine sofortige Aufhebung der Maßnahmen gegen die Preßfreiheit gefordert.

Jugoslavien

Bei einem schrecklichen Wirbelsturm, der in vielen Gegenden Serbiens wütete, haben viele Leute ihr Leben eingebüßt. Die Drahtverbindungen sind in einem großen Teile des Landes unterbrochen und viele öffentliche Nutzbarkeitsunternehmungen beschädigt. Der Schaden wird sich vor mehreren Tagen nicht feststellen lassen.

Rußland.

Die Sowjetregierung hat die Rückgabe von 5481 in den Besitz des Staates übergegangenen Häusern in Leningrad an die früheren Eigentümer oder deren Erben beschlossen. Die Rückerstattung ist auf die in den äußeren Bezirken der Stadt gelegenen Häuser beschränkt, die nicht mehr als fünf Wohnungen umfassen. Hingegen bleiben jene Wohnhäuser, die im Zentrum der Stadt gelegen sind und Handels- oder Industrieunternehmungen beherbergen, im Sowjetbesitz. Die früheren Hausbesitzer erhalten das Recht des Verkaufs und der Verwertung.

Frankreich.

Die alliierten Truppen im Rheinland dürfen, in ihrer gegenwärtigen Stärke, wie Kriegsminister Painlevé der Armeekommission der Deputiertenkammer sagte. Die Ankündigung ist eine indirekte Antwort auf eine eifrige Anstachlung aus Berlin, wonach die Zurückziehung der Besatzungstruppen im Rheinland auf 75,000 Mann einen Bruch des Vertrags von Locarno bedeute. Painleve verwies auf die Nachteile, welche eine neue und sofortige Verminderung der Besatzungstruppen zur Folge haben würde. Die Räumung der Kölner Zone, sagte er, sei keine direkte Folge der Locarno Abkommen. Sie sei vielmehr vom Rat der Botschafter, dem einzigen Richter in der Angelegenheit, aus freien Stücken beschlossen worden.

Die französisch-russischen Finanzverhandlungen sollen sofort nach der Rückkehr des Sowjet-Botschafters Rakowsky aus Moskau wieder aufgenommen werden.

Das französische Linkskartell ist mit Eifer daran, das Kabinett Briand zu untergraben. Dessen Steuerpläne umzustürzen und die Annahme seiner eigenen Steuerreform durchzusetzen. Die Gefahr einer Regierungskrise schien dadurch nicht unbeträchtlich verschärft. Beleidigt Doumer meuterisch auf seinen Finanzplänen und fährt Briand in der Unterstützung derselben fort, so konnte das Ende schon da sein. Es scheint ausgemachte Sache, daß die von Doumer geplante Vertrauensfrage von der Kammer abgelehnt wird. Doumer erblickt darin eine der besten Gelegenheiten, den Haushalt in Ordnung zu bringen. Ein anderer Vorschlag zur Lösung des Regierungsdilemmas geht von einer linksorientierten Zeitung aus; die ganz offen den Verzicht Frankreichs auf seine weiteren Ansprüche im Saargebiet fordert. Die Bergwerke sollten Deutschland wieder zurückerstattet werden und zwar gegen die Bezahlung von $500,000,000. Angeblich ist ein deutsches Konsortium mit amerikanischer und englischer Hilfe dazu bereit. Das auf diese Weise erlangte Geld sollte zur Regelung des Haushalts der Regierung verwendet werden.

Italien.

In einer Sitzung der Abgeordnetenkammer erklärte Ministerpräsident Mussolini, daß eine politische Opposition gegen die faschistische Regierung nutzlos und absurd sei. Er kündigte an, daß solange er die Macht habe, den oppositionellen Abgeordneten die Rückkehr in die Kammer nicht gestattet werden wird, wenn sie nicht vorher ihre Feindschaft gegen den Faschismus abschwören. Die oppositionellen Abgeordneten hatten am Tage zuvor vor den sie bedrohenden Faschisten die Flucht ergriffen und waren in der folgenden Sondersitzung nicht anwesend. Mussolini erklärte, daß jeder Abgeordneter der Opposition, der in die Kammer zurückzukehren wünsche, drei Bedingungen erfüllen müsse, und zwar müsse er

1. öffentlich und feierlich anerkennen, daß die faschistische Revolution eine vollendete Tatsache sei und sich zu einer Regierung entwickelt habe, die die Verfassung des italienischen Staates grundlegend geändert habe, so daß jede verabredete Opposition politisch nutzlos und historisch absurd sei;

2. müsse er öffentlich und feierlich zugeben, daß die ruchlose und schimpfliche Kampagne der Opposition elend fehlgeschlagen habe, weil eine moralische Frage in Verbindung mit der faschistischen Regierung und Partei nie existiert habe;

3. müsse er sich feierlich und öffentlich von gewissen Personen lossagen, die jenseits der Grenze ihre antifaschistische Agitation fortsetzen.

Der Premier fügte hinzu: Nachdem diese Bedingungen angenommen und erfüllt sind, dürfen die oppositionellen Abgeordneten hoffen, daß wir tolerant sein werden und daß sie in die Kammer zurückkommen dürfen. Aber ohne Annahme und Erfüllung dieser Bedingungen werden sie solange ich an diesem Platze bin, nicht zurückkehren und ich erwarte und gedenke lange Zeit hier zu bleiben.

„Wir lachen", riefen ihm die Abgeordneten zu und die Zuhörer auf den Gallerien stimmten in den Jubelausbruch der Kammer ein.

Schweiz.

Nach der gerichtlichen Agentur ist der schweizer Bundesrat geneigt, sein Bedauern über die Ermordung des Sowjetgesandten Worowsky im Jahre 1923 in Lausanne auszudrücken. Er beruft auch über die Maßnahmen seiner Töchter eine Untersuchung ein lassen. Der Rat bedauert die Ermordung des Sowjets abgeordneten Worowsky vor der Auflage, den Mörder ermordet zu haben, freigesprochen worden war.

Syrien

Die Franzosen bombardierten das Saadour-Viertel von Damaskus. Viele Personen sollen umgekommen sein. Die ganze große Bevölkerung in den letzten Monaten Nachts der alten Stadt, um den Schaden. Nach den Berichten aus Damaskus beabsichtigten die Franzosen die Stadt mit der Begründung, daß die Einwohner die Rebellen unterstützen.

Eine heftige Beschießung folgte, viele Bauten liegen nach drei Tagen in Trümmern. Die Bevölkerung überflutete die Bevölkerung dem Hunger. Vor der Beschießung hatten Flugzeuge eine Bombe zu werfen und einen Weg durch die französischen Truppen durchzukämpfen.

Nach arabischen Quellen ist die Lage in Aleppo noch gefährlich. In Homs und Hama verließen die Behörden nach Berichten Tartausender durch die eine Beschießung auf den dortigen Plätzen verweigert.

Norwegen

Der Polarforscher Storfenier erklärt, er beabsichtige, letzte nächste Nordpolexpedition im August 1926 zu beginnen. Anfang 1927 soll alles für einen Vorstoß von den Neusibirischen Inseln aus bereit sein. Es gehört die Absicht, einen Geologen einen Zoologen, einen Meteorologen und zehn Chemotechniken, im ganzen 20 bis 30 Mann, die für diese Teilnahme an der Expedition bezahlen, mitzunehmen. Die Dauer der Reise über das Polarbahin wird auf drei Monate berechnet. Sobald Stefansson nicht an der Expedition beteiligt sollte, beabsichtigt Storfenier, sich die Leitung zu übertragen, sobald der Plan wirtschaftlich gesichert ist.

Mexiko

Das deutsche Schulschiff „Großherzogin Elisabeth" mit 180 Kadetten der Seekadettenschule von Bremen an Bord, ist zum Besuch in Vera Cruz eingetroffen. Zu Ehren der Offiziere und Mannschaft die von der Bevölkerung herzlich willkommen wurden, werden Festlichkeiten veranstaltet.

Ver. Staaten

Mit 350 Stimmen gegen eine wurde vom Repräsentantenhaus ein Betrag von $50,000 zur Deckung der Kosten der amerikanischen Delegation bewilligt, die sich an den Vorarbeiten zur Rüstungseinschränkungskonferenz des Völkerbundes beteiligen wird. Repräsentant Connery, Demokrat von Massachusetts, gab die einzige Stimme gegen die Resolution ab, die jetzt dem Senat zur endgültigen Erledigung zugeht.

Die Resolution entspricht dem Wunsche des Präsidenten, der in einer besonderen Botschaft an den Kongreß erklärte, daß die Bewilligung die Annahme der Einladung des Völkerbundes zu der in Genf abzuhaltenden Konferenz des Vorbereitungskomitees ermöglichen würde.

Was Gerard verschwiegen hat

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hatte unlängst bei Besprechung der Memoiren von James W. Gerard, der der Botschafter des Weltkrieges amerikanischer Botschafter in Deutschland war, die Frage gestellt, „Was haben Sie in Ihren Memoiren ausgelassen?"

Diese Frage beantwortet Gerard in einem dem Schriftleiter des Blattes zugesandten Brief folgendermaßen:

„Ich habe eine Unterredung mit dem früheren Kaiser nicht erwähnt, die ich und Oberst Boyle im Jahre 1914 mit ihm in Potsdam hatte und in der der frühere Kaiser sagte, daß er ein Bündnis der vier zivilisierten Nationen, Deutschland, England, Frankreich und der Vereinigten Staaten wünsche.

„Ich habe auch eine interessante Besprechung zwischen mir und dem früheren Kaiser ausgelassen, die an Bord der Jacht des Kaiser in Kiel am Abend vor dem Mord in Sarajewo stattfand.

„Ich habe auch nicht erwähnt, daß die Annexion eines Teiles von Schlesien ein Fehler und eine Ungerechtigkeit war.

„Damit ich nicht mißverstanden werde, wiederhole ich, daß, wenn Deutschland an der Politik des Kanzlers von Bethmann-Hollweg und von Jagows festgehalten hätte, Amerika sich nicht für verpflichtet gehalten hätte, in den Krieg als entscheidender Faktor einzutreten."

Schließlich schreibt Gerard, daß er mit Erlaubnis des Reichspräsidenten gerne einen Friedenspokal als Preis für das im Frühjahr in Berlin anberaumte Polo Hindenburg-Cup spielen würde, wenn dieser Plan nicht bereits durchkreuzt wäre.

„Der Dolchstoß in den Rücken!"

Hat Deutschland deren nicht eine ganze Reihe erhalten? Als Italien treubrüchig wurde und sich den Feinden anschloß? Als das „neutrale" Amerika der Entente Munition, Geld und Rüstungsmittel lieferte? Als England die mörderische Blockade anordnete? Als Rumänien auf Seite der Gegner trat? Waren nicht alle die Kriegslügen Dolchstöße in den Rücken? Waren es nicht die 14 Punkte Wilson's? Nicht der „Frieden" von Versailles? Nicht der Einbruch ins Rüstgemach? Ihr Dolchstoßen hat's nicht gefehlt, aber sie sind denen, die sie führten, durchaus selbst gerecht bekommen. Deutschlands Niederlage war ein „schlimmer" Sieg für die Alliierten und Verbündeten. Noch ein solcher, und Europa wurde in Trümmern liegen.